

AKTUELL

CANNABIS

Aufklärung statt Dramatisierung

Joël Adami

Die politischen Arbeiten zur Regularisierung von Cannabis gehen voran. Diese Woche startete eine Suchtpräventionskampagne, die auf Aufklärung und Risikokompetenz setzt.

Es hat lange gedauert, bis die ersten konkreten Schritte in Richtung Legalisierung von Cannabis getan wurden. Trotz Pandemie und Energiekrise sieht es jetzt jedoch so aus, als würden die Vorbereitungen weitergehen. Schafft die Regierung es, das Gesetzesprojekt noch vor den Parlamentswahlen in einem Jahr zu finalisieren?

Zwei Ereignisse dieser Woche zeigen, dass die Cannabis-Legalisierung nach langer Wartezeit dann doch demnächst ins Haus steht. So waren Justizministerin Sam Tanson (Déi Gréng) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) am 10. Oktober auf Arbeitsvisite in den Niederlanden, um sich über die Spezifika der dortigen Cannabis-Legalisierung zu informieren.



Über Cannabis aufklären, ohne die Droge zu dramatisieren: Das hat sich das nationale Suchtpräventionszentrum zur Aufgabe gemacht.

Beim Treffen mit Mitarbeiter*innen der niederländischen Justiz- und Gesundheitsministerien wurde der Versuch einer regulierten und kontrollierten Lieferkette für Cannabis zu nichtmedizinischen Zwecken diskutiert. Dieses Pilotprojekt hat die niederländische Regierung 2017 ins Leben gerufen. Dabei soll überprüft werden, ob es möglich ist, die sogenannten „Coffeeshops“ – Verkaufsstellen für rekreatives Cannabis – mit hochwertigem Cannabis aus legaler Produktion zu versorgen. Die Ministerinnen haben auch die Auswirkungen einer kontrollierten Lieferkette auf Kriminalität, Sicherheit und öffentliche Gesundheit besprochen.

Wichtig ist für Luxemburg vor allem die Frage, wie eine heimische Cannabisproduktion auf die Beine gestellt werden kann. Beim medizinischen Cannabis ist Luxemburg aktuell noch auf Importe angewiesen, die vor allem aus der Schweiz kommen. In der Vergangenheit kam es jedoch immer wieder zu Lieferengpässen. Obwohl in einem ersten Schritt lediglich der Heimanbau von bis zu vier Cannabispflanzen pro Haushalt legalisiert werden soll, ist vorgesehen, einen kontrollierten Markt für die Droge aufzubauen. So wird angedacht, Cannabis in Luxemburg anzubauen und dann in konzessionierten Coffeeshops zu verkaufen.

Einen Tag später, am 11. Oktober, stellte Lenert gemeinsam mit dem Centre National de Prévention des Addictions (CNAPA) die neuen Bestrebungen zur Cannabis-Suchtprävention vor. Unter dem Motto „Méi informéiert ass manner riskéiert!“ soll in einer ersten Phase über die Droge informiert werden. Besonders Jugendliche sind Zielgruppe der Kampagne, die ab November über soziale Netzwerke und die Medien verbreitet wird. Informationsveranstaltungen in allen Regionen Luxemburgs sollen das Angebot abrunden.

Wer das persönliche Gespräch sucht, kann dienstags bei der neuen Cannabis-Hotline des CNAPA anrufen. Dort werden Fragen zum Thema von Expert*innen beantwortet. Um Jugendliche besser zu erreichen, wird für Pädagog*innen eine Schulung zum „Resilienztrainer“ angeboten. In Jugendhäusern soll sich „aktiv und kreativ“ mit Cannabis auseinandergesetzt werden, um die Risikokompetenz und die Konsummündigkeit zu stärken. Für Lehrer*innen werden ebenfalls Schulungen angeboten, damit sie mit dem sogenannten „Cannabiskoffer“ Wissen über die Droge und ihr Suchtpotenzial vermitteln können.

Laut dem CNAPA sei es wichtig, Cannabiskonsum weder zu dramatisieren noch zu verharmlosen. Lenert betonte, dass die Förderung der Suchtprävention eine ihrer Hauptprioritäten sei.

Die Cannabis-Hotline des CNAPA ist dienstags zwischen 9 und 13 sowie zwischen 14 und 17 Uhr unter der Nummer +352 49 77 77 55 zu erreichen. Fragen können auch per E-Mail an cannabis@cnapa.lu eingereicht werden.

SHORT NEWS

Buchvorstellung „Emanzipation und Antisemitismus“

(tf) – Die Historikerin Renée Wagener – Mitglied des Verwaltungsrats und ehemalige Redakteurin der woxx – hat ein Buch über die Geschichte des Luxemburger Judentums verfasst. Unter dem Titel „Emanzipation und Antisemitismus: Die jüdische Minderheit in Luxemburg vom 19. bis zum beginnenden 21. Jahrhundert“ stellt sie den langen Kampf der hiesigen Jüdinnen und Juden um gesellschaftliche Anerkennung und gegen den Antisemitismus dar. Die französische Herrschaft und die Eingliederung Luxemburgs ins „Département des Forêts“ hatte ihnen zwar offiziell die Ansiedlung dort ermöglicht und schon 1797 auch die bürgerliche und politische Gleichstellung gebracht, gesellschaftlich ausgegrenzt wurden sie tendenziell jedoch weiterhin. Wagener stellt die Dynamik zwischen Staat, Mehrheitsgesellschaft und Judentum dar und geht dabei auch ausführlich auf den Antisemitismus in Luxemburg ein, der mit dem Zweiten Weltkrieg und den Verbrechen der Deutschen während der nationalsozialistischen Besatzung weder seinen Anfang nahm noch zum Ende kam. Auch die Haltung einer gegen antisemitische Ressentiments nicht selten immun sich glaubenden Linken kommt zur Sprache. Der 725 Seiten starke Band erscheint in der Reihe „Studien zum Antisemitismus in Europa“ im Berliner Metropol-Verlag. Am Mittwoch, den 19. Oktober, wird das Buch auf Einladung des Comité Auschwitz in Kooperation mit dem Geschichtsinstitut der Universität Luxemburg von der Autorin präsentiert. Die Veranstaltung findet in der Villa Pauly (Boulevard de la Pétrusse 57) in Luxemburg statt und beginnt um 18 Uhr. Um Anmeldung per E-Mail an comite.auschwitz@pt.lu wird gebeten.

Bonneweg: Bürger-Selbst-Beteiligung

(rg) – Nach einer Begehung des bevölkerungsreichsten Viertels der Stadt Luxemburg (woxx 1704) fand am Dienstagabend im Bonneweger Centre culturel ein Workshop mit etwas mehr als 50 Beteiligten statt. An acht Tischen mit bis zu acht Teilnehmer*innen wurde an stadtplanerischen Problemen gearbeitet und mit professioneller Unterstützung gemeinsam nach Lösungsvorschlägen gesucht. So wurden nicht nur, bekannte Problempunkte des Viertels diskutiert, sondern jede*r konnte auch eigene Erfahrungen einbringen. Eine Brücke zum Hospiz in Hamm, eine direktere Anbindung an den Bahnhof oder originelle Parkraumlösungen mit dem Ziel, die Straßenränder von dort abgestellten Autos zu befreien, hatten die Organisator*innen vorher so nicht unbedingt auf ihrer Liste. Es gab aber auch einiges, was fast einstimmig moniert wurde, wie zum Beispiel die wenig durchdachte Fahrradstraße in der rue des Trévires oder das fehlende Grün im Viertel. Ganz zufrieden als Mitorganisator sagt sich Johannes Birgmeier von „Eis Stad“ gegenüber der woxx. „Sogar Vertreter*innen fast aller Parteien waren dabei, ohne sich aufzudrängen, haben sie sich wie die anderen Bürger*innen an den Tischen verteilt“. Jetzt heißt es, die vielen Notizen und Vorschläge zusammenzutragen und eine Art Katalog zu erstellen. Dieser soll dann noch einmal mit den Teilnehmer*innen diskutiert und Anfang 2023 mit den Stadtverantwortlichen besprochen werden. Angesichts der anstehenden Wahlen im kommenden Juni könnte das Timing nicht besser sein.

Arbeit im Spital attraktiver gestalten

(tj) – Zwei Wochen ist es her, dass sechs Kardiolog*innen des Nordspitals (CHdN) erklärten, ihre Kündigung eingereicht zu haben. Ab dem ersten Januar werden sie demnach nur noch in ihren privaten Praxen tätig sein. Nun ist der Verband der Krankenhäuser FHL mit einer Reaktion darauf an die Presse getreten. Ihr zufolge ist das Luxemburger Gesundheitswesen aktuell zwar stabil, dennoch gibt es Verbesserungsbedarf. Als Schwächen identifiziert die FHL unter anderem mangelnde Personalressourcen sowie die niedrige Attraktivität von Krankenhausarbeit. Wie also gewährleisten, dass Ärzt*innen letztere nicht zugunsten der eigenen Praxis links liegen lassen? In den Augen der FHL haben Krankenhäuser den Ärzt*innen einige Vorteile zu bieten. Dazu zählt unter anderem die Arbeit in multiprofessionellen und interdisziplinären Teams. Die FHL schlägt sieben Strategien vor, um diese Attraktivität noch zu steigern. Organisatorische Tätigkeiten sowie Qualitätsmanagement müssten besser entlohnt, die Vergütung von Bereitschaftsdienst dagegen überhaupt erst eingeführt werden. Auch sei ein breiteres Ausbildungsangebot für medizinisches Personal nötig. Eine weitere Forderung der FHL: Eine wettbewerbsorientierte Entwicklung außerhalb des Krankenhauswesens verhindern. In ihrem Presseschreiben zeigt sich die FHL zuversichtlich, die aktuelle Herausforderung durch konkrete und koordinierte Maßnahmen bewältigen zu können.